

# vision konkret

DAS MAGAZIN VON VISION RHEINTAL

9. AUSGABE · MAI 2013

## ➤ GEMEINNÜTZIGER WOHNBAU

### Sag mir, wo du wohnst und ich sage dir, wer du bist.

Wegen des hohen Bedarfs an leistbaren Wohnungen soll der gemeinnützige Wohnbau in Vorarlberg ausgeweitet werden. Dagegen regen sich allerdings mancherorts kräftige Widerstände. Warum eigentlich? Seite 4



## ➤ GEMEINNÜTZIGER WOHNBAU

### »Darum müssen wir uns alle kümmern.«

Landeshauptmann Markus Wallner: »Mit dem verstärkten Ausbau von gemeinnützigen Wohnungen leistet das Land einen wichtigen Beitrag für die Schaffung von leistbarem Wohnraum. Da die Zahl der Wohnungssuchenden zunimmt, sollen von den gemeinnützigen Bauträgern in den Jahren 2013 und 2014 anstelle der bisher laut Bauprogramm möglichen 330 Mietwohnungen ca. 500 integrative Mietwohnungen pro Jahr errichtet werden. Generell wollen wir mit der Landes-Wohnbauförderung den Aspekt des leistbaren Wohnens stärker in den Mittelpunkt stellen.« Seite 8



Liebe Leserin!  
Lieber Leser!

Der gemeinnützige Wohnbau wurde in den letzten Monaten von den Vorarlberger Medien intensiv diskutiert. Ein Auslöser dieser Diskussion war eine Analyse von Vision Rheintal, bei der die Situation erstmals nicht aus der Perspektive einzelner Gemeinden, sondern aus einem regionalen Blickwinkel betrachtet wurde. Das Resultat: Im Rheintal sind die gemeinnützigen Wohnungen ungleich auf die einzelnen Gemeinden verteilt, in den anderen Teilen des Landes sieht es ähnlich aus.

#### **Leistbarer Wohnraum im ganzen Land.**

Dieses Ergebnis hat bereits zu einem politischen Bekenntnis geführt: Schritt für Schritt soll der gemeinnützige Wohnbau besser aufgeteilt werden – besonders auch deshalb, um jungen Leuten möglichst in allen Teilen des Landes leistbaren Wohnraum zu bieten.

Im Rheintal hat man sich schon auf den Weg gemacht: Die 29 Gemeinden und das Land Vorarlberg arbeiten an einer Vereinbarung, in der es unter anderem darum geht, das Angebot im Rheintal regional abzustimmen und die Zusammenarbeit in diesem Bereich zu stärken.

Mit dieser aus aktuellem Anlass landesweit verbreiteten Ausgabe des »Vision Konkret« wollen wir Sie über dieses aktuelle Thema informieren: Wie hat sich der gemeinnützige Wohnbau in den letzten Jahren entwickelt? Sind die Vorbehalte gegen solche Anlagen gerechtfertigt? Und mit welchen konkreten Maßnahmen reagiert die Politik auf den steigenden Bedarf? Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre!



MARTIN ASSMANN, PROJEKTLEITER VISION RHEINTAL

## → SCHWERPUNKTTHEMA GEMEINNÜTZIGER WOHNBAU



### 4–7 **Sag mir, wo du wohnst und ich sage dir, wer du bist.**

Wegen des hohen Bedarfs an leistbaren Wohnungen soll der gemeinnützige Wohnbau in Vorarlberg ausgeweitet werden. Dagegen regen sich allerdings mancherorts kräftige Widerstände.

### 8–11 **»Darum müssen wir uns alle kümmern.«**

Ein Gespräch mit Landeshauptmann Markus Wallner und Landesstatthalter Karlheinz Rüdisser über die Zukunft des Wohnens.

## → PROJEKTE



### 12–13 **Es muss nicht alles in Götzis sein.**

Mit dem Versuch, eine gemeinsame Baurechtsverwaltung zu schaffen, kommt jetzt erstmals ein wenig Sand ins ansonsten sehr erfolgreiche Kooperationsgetriebe amKumma.

### 14–15 **Ganz nah bei den Menschen.**

Im Jahr 2025 werden in Wolfurt, Schwarzach und Kennelbach 948 Menschen leben, die 80 Jahre und älter sind. Eine Herausforderung, der die drei Gemeinden zusammen begegnen wollen.



### 16–17 **»Das ist wie ein Mikrokosmos.«**

Seit September 2012 ist Christoph Kirchengast Manager der REGIO Vorderland-Feldkirch. Wie erlebt der gebürtige Steirer »seine« Region?

### 18–19 **Agglomerationsprogramm Rheintal: Umsetzung startet 2015.**

Das St. Galler Rheintal beteiligt sich am schweizerischen Agglomerationsprogramm – unter Einbeziehung des Vorarlberger Rheintals.



### 20 **Gemeinsam gegen die Arbeitslosigkeit.**

Vor 16 Jahren haben sich alle 24 Gemeinden des Bezirks Feldkirch zu einem Verein zusammengeschlossen, um langzeitarbeitslosen Menschen eine Zukunftsperspektive zu bieten.

### 21 **Projekte in Kürze.**

### 22–23 **Aus dem Projektbüro.**

In den vergangenen Monaten hat sich Vision Rheintal intensiv mit dem gemeinnützigen Wohnbau im Rheintal und in anderen Teilen des Landes befasst. Ein Thema, dem wir uns auf den folgenden acht Seiten aus den verschiedensten Perspektiven nähern wollen.

GEMEINNÜTZIGER  
WOHNBAU

# Sag mir, wo du wohnst und ich sage dir, wer du bist.

Wegen des hohen Bedarfs an leistbaren Wohnungen soll der gemeinnützige Wohnbau in Vorarlberg ausgeweitet werden und auch in Gemeinden Einzug halten, in denen es bisher noch keinen gab. Dagegen regen sich allerdings mancherorts kräftige Widerstände. Warum eigentlich?

**Die Wohnkosten sind in den letzten Jahren stark gestiegen. Die Löhne nicht. Dieser Umstand hat zur Folge, dass sich immer mehr Menschen den privaten Markt nicht mehr leisten können und einen Antrag auf eine gemeinnützige Wohnung stellen.** »Auch bei uns in Koblach gab es großen Bedarf«, erzählt Bürgermeister Fritz Maierhofer, »und diesen Bedarf kann ich nicht ignorieren und auch nicht auf die Nachbargemeinden schieben, dem muss ich nachkommen, das ist eine Frage der Verantwortung.«

Bevor allerdings 2010 die erste gemeinnützige Wohnanlage mit zwei Gebäuden à zehn Wohnungen fertiggestellt wurde, gab es sehr viele Vorbehalte der Anrainer und es wurden sogar Unterschriften gegen das Projekt gesammelt. Man fürchtete, dass die Anlage zu groß geraten könnte, dass »Problemfälle« einziehen und dass Unruhe in der Nachbarschaft entsteht. Trotz intensiver Auseinandersetzung mit der Bevölkerung blieb eine gewisse Skepsis. Hat sie sich bestätigt? »Gott sei Dank nicht«, zeigt sich Fritz Maierhofer

erleichtert, »die Anrainer leben heute in einem guten Nebeneinander, es läuft alles reibungslos.«

## Einwohnerzahlen schrumpfen bereits.

Ähnlich sieht es in der Walgaugemeinde Thüringen aus. Hier sind zwei Kleinanlagen mit zehn bzw. zwölf Wohnungen in zwei Etappen geplant, die Abwicklung verzögert sich allerdings wegen der massiven Proteste aus der Nachbarschaft. »Es handelt sich um formelle Einwände, aber da spielen auch ganz viele Ängste mit«, erklärt Bürgermeister Harald Witwer die Situation. »Wir hoffen, dass wir uns mit den Anrainern einigen können, denn der Bedarf an gemeinnützigen Wohnungen ist da. Auf unserer Wohnungswerberliste stehen vor allem junge Leute aus unserer Gemeinde, Familien und Singles. Wenn wir ihnen nichts anbieten können, ziehen sie früher oder später weg. Dieser Trend ist bereits spürbar: Thüringen hatte schon einmal mehr Einwohner als heute. Und zu meiner Schulzeit vor zirka 25 Jahren gab es hier noch acht Volksschulklassen, inzwischen sind es nur noch vier.«

»Ich bin alleinerziehende Mutter, arbeite halbtags beim Land Vorarlberg und wohne in einer gemeinnützigen 3-Zimmer-Wohnung mit 70 m<sup>2</sup>. Mein Wunsch wäre eine etwas größere Wohnung mit Garten, aber die Lage mitten im Ort und die Hausgemeinschaft schätze ich so sehr, dass ich nicht wegziehen will. Wir helfen uns gegenseitig, halten zusammen und finden immer wieder Gelegenheit zusammensitzend, um zu feiern und uns auszutauschen.«

**Carmen Hammouda (Lochau)  
mit Niklas (13) und Julia (11)**





»Man muss den Vorarlbergern auch einmal klar sagen: Ein Einfamilienhaus mit Rasen rundherum ist heute nicht mehr die Normalität, sondern ein Privileg.«

FRITZ MAIERHOFER, BÜRGERMEISTER IN KOBLACH

Die Vorurteile gegenüber dem gemeinnützigen Wohnbau sind wohl auch mit ein Grund, warum es zurzeit in 46 der 96 Vorarlberger Gemeinden noch keinen gemeinnützigen Wohnbau gibt. »In der Praxis sieht es so aus, dass sich die Leute dort bewerben, wo sie eine Chance haben, also dort, wo der gemeinnützige Wohnbau bereits Fuß gefasst hat«, erläutert Heidi Lorenzi, Leiterin des Bereichs Wohnen beim Institut für Sozialdienste. »Deshalb haben Bregenz und Dornbirn lange Listen, während andere Gemeinden melden, wenig oder keinen Bedarf zu haben. Würden diese Gemeinden aktiv auf ihre Bürger zugehen und ihrer Bevölkerung ein entsprechendes Angebot machen, sähe die Situation mit Sicherheit ganz anders aus.«

#### Gibt es Ghettos in Vorarlberg?

Berechtigt ist die Angst vor dem Ghetto in Vorarlberg laut Heidi Lorenzi nicht: »Da jammern wir wirklich auf hohem Niveau. Bei uns gibt es keine Ghettos, wie man sie aus Großstädten in Amerika oder Deutschland kennt. Es gibt zwar auch in Vorarlberg vereinzelt Siedlungen, wo geballt viele Menschen mit vielen Problemen wohnen, aber das sind wenige Ausnahmen, das sind Altlasten, aus denen man gelernt hat. Heute sind die Anlagen klein und die Gemeinden gehen bei der Vergabe der Wohnungen sehr viel achtsamer vor. Im gemeinnützigen Wohnbau von heute wohnen großteils Leute wie du und ich. Trotzdem

glaube ich, dass es auch für schwierige, für belastete Haushalte einen Platz geben muss. Aber man muss sich eben genau überlegen, in welcher Siedlung und in welcher Wohnung.«

Hans-Peter Lorenz, Geschäftsführer der VOGEWOSI, sieht im gemeinnützigen Wohnbau sogar eine große Chance für die Gemeinden: »Zum einen werden die gemeinnützigen Wohnungen von der Gemeinde vergeben, die somit ein gutes Instrument der Quartiersentwicklung in der Hand hat. Zum anderen kann durch günstigen Wohnraum der Abwanderung gegengesteuert werden: Die Grundmieten der gemeinnützigen Bauträger in Vorarlberg bewegen sich durch die hohen Förderungen im Neubau zwischen 5,60 und 6 Euro pro Quadratmeter inklusive Umsatzsteuer. Im privaten Bereich sind es mindestens zwei Euro mehr.«

Und die Problemfälle? »In Vorarlberg gibt es 15.800 VOGEWOSI-Wohnungen, darin leben rund 40.000 Leute und davon sind nur etwa 0,1 Prozent Problemfälle«, relativiert Hans-Peter Lorenz. »Wir haben viele junge Leute, junge Familien, die günstige Startwohnungen brauchen, die sich (noch) keine Wohnung auf dem privaten Markt leisten können.«

#### Bauplätze werden knapp.

Und genau für diese jungen Leute will man jetzt in einigen kleineren Gemeinden der Vorarlberger Seitentäler gemeinnützige Wohnungen »



»Mir gefällt es sehr gut in unserer VOGEWOSI-Siedlung – alle sind höflich zueinander, Rabauken gibt es hier keine. Unsere Jüngste geht noch in die Schule, Kevin ist nur am Wochenende da und unsere älteste Tochter würde später gerne ausziehen. Eine Wohnung auf dem privaten Markt zu mieten, kann sie sich aber trotz Vollzeitbeschäftigung noch nicht leisten.«

Ingrid Schicho (Lustenau) mit Ehemann Markus und ihren Kindern Jennifer (25), Kevin (22) und Cheyenne (15)



»Ob ich viel oder wenig Geld habe, hat nichts damit zu tun, ob ich ein guter oder schlechter Nachbar bin. Das ist natürlich Blödsinn.«

HEIDI LORENZI, LEITERIN DES BEREICHS WOHNEN BEIM IFS

- » bauen – zum Beispiel in Bartholomäberg im Montafon. Geplant sind hier auf einer Fläche von 4.000 m<sup>2</sup> 16 gemeinnützige Wohnungen mit der Möglichkeit für eine spätere Erweiterung. »Im ländlichen Raum braucht es dringend leistbaren Wohnraum, denn Bauplätze werden knapp und ein Einfamilienhaus zu bauen ist für viele unerschwinglich geworden. Außerdem gibt es nun einmal immer mehr Alleinerziehende und getrennt Lebende«, erzählt Bürgermeister Martin Vallaster. »Der gemeinnützige Wohnbau ist im gesamten Montafon ein großes Thema. Wir wollen die Abwanderung junger Leute verhindern, zum Teil sind bereits fallende Einwohnerzahlen zu beklagen.« Die Nachfrage in Bartholomäberg ist groß, auf der Wohnungswerberliste stehen zirka 20 Bewerber, fünf davon aus benachbarten Gemeinden. Baubeginn ist im Jahr 2014.

Und auch in der 365-Seelen-Gemeinde St. Gerold im Großen Walsertal wird es in absehbarer Zeit gemeinnützige Wohnungen geben. Auf 2000 m<sup>2</sup> plant die VOGEWOSI eine kleine Anlage mit 6 Wohnungen, erweiterbar auf zehn Einheiten. »Ich hoffe, die Wohnungen sind 2014 bezugsfertig, dann haben wir jungen Familien eine gute Alternative zum Einfamilienhaus zu bieten.« Denn um diese Familien geht es Bürgermeister Bruno Summer vor allem: »Unser Kindergarten hatte 2005 noch 14 Kinder, heuer waren es nur noch sechs. Diese Tendenz möchte ich umdrehen und unsere Gemeinde mit Leben füllen.«

### Betreute Wohnungen für ältere Menschen.

In der kleinen Bregenzerwälder Gemeinde Lingenau geht man das Ganze aus einer etwas anderen Perspektive an: »Was wir dringend brauchen, sind leistbare betreute Wohnungen für ältere Menschen«, berichtet Bürgermeisterin Annette Sohler. »Auf diesen Bedarf reagieren wir mit einer gemeinnützigen Wohnanlage, die neben betreuten Wohnungen aber auch Platz für junge Familien bieten wird.« Geplant ist eine Anlage mit 12–16 Wohnungen, die 2015 bezugsfertig sein sollen. So wie in St. Gerold und in Bartholomäberg gibt es auch in Lingenau bisher keine Vorbehalte aus der Bevölkerung. »Wir sind zwar noch in einer frühen Projektphase«, meint Annette Sohler, »ich glaube aber, dass wir durch die überschaubare Größe grundsätzlich auf das Verständnis der Anrainer zählen können.« Dazu kommt, dass man in diesen kleinen Gemeinden die Bewohner gemeinnütziger Anlagen meist schon vorab persönlich kennt.

### Auch doppelverdienende Paare und Familien stehen auf der Liste.

Aber es gibt auch große Gemeinden wie Lochau oder Lustenau, in denen der gemeinnützige Wohnbau von der Bevölkerung gelassen hingenommen wird. »Das liegt wohl daran, dass es bei uns die erste gemeinnützige Wohnanlage – eine »Südtirolersiedlung« – schon seit dem Zweiten Weltkrieg gibt. Der gemeinnützige Wohnbau hat in Lustenau und in einigen anderen Vorarlberger Gemeinden eine lange Tradition und

»In unserer Gemeinde ist eine gemeinnützige Anlage mit leistbaren betreuten Wohnungen geplant – in unseren Augen ein sehr schönes Projekt. Wir haben uns für eine der Wohnungen vormerken lassen, weil wir etwas Kleineres möchten und für die Zukunft gewappnet sein wollen.

Dass es in derselben Anlage auch Startwohnungen für junge Familien geben wird, stört uns nicht. Im Gegenteil.«

Herbert Wachter (63) und Ehefrau Marlies (61) aus Lingenau





»Nach meiner Scheidung habe ich acht Jahre lang in einer gemeinnützigen Wohnung gelebt. So konnte ich mir trotz Unterhaltszahlungen eine geeignete Wohnung mit einem Zimmer für meine beiden Töchter leisten. Inzwischen wohne ich wieder in einem Eigenheim.«  
**Peter Weiskopf, Geschäftsführer Lebensraum Bregenz**

wird daher nicht als Bedrohung angesehen«, vermutet Hanno Fäßler, der im Lustenauer Rathaus für die Vergabe gemeinnütziger Wohnungen zuständig ist. »Ich glaube, die meisten Lustenauer wissen gar nicht so genau, welche Anlage privat und welche gemeinnützig ist.«

In Lustenau stehen derzeit zirka 300 Bewerber auf der Liste, pro Jahr werden etwa 80–100 Wohnungen vergeben, es kann also nur der dringendste Bedarf gedeckt werden. Und wer steht auf der Liste? »Menschen, die in Lustenau wohnen oder arbeiten. Junge und Alte, Familien und Singles, Einheimische und Migranten, Menschen mit und ohne Behinderung – ein Spiegelbild der Gesellschaft eben,« fasst Hanno Fäßler zusammen, »in den letzten Jahren ist aber durch die steigenden Wohnpreise eine neue, wachsende Gruppe dazugekommen: junge, zum Teil doppelverdienende Paare und Familien.«

### Eine Chance, um brennende Fragen zu diskutieren.

Der Grund, warum sich beim Thema gemeinnütziger Wohnbau zuweilen die Gemüter erhitzen, liegt laut Sozialgeograf Christian Reutlinger von der FHS St. Gallen, Hochschule für Angewandte Wissenschaften, tief unter der Oberfläche: »Da werden große gesellschaftliche Fragen über den gemeinnützigen Wohnbau thematisiert: Überalterung der Gesellschaft, Familienfreundlichkeit, Bildungschancen, gerechtes Einkommen, das Verhältnis zwischen In- und Ausländern, Fragen der Macht. Der gemeinnützige Wohnbau ist also eine Chance, wichtige, brennende Themen zu diskutieren. Und schlussendlich geht es eigentlich um die Frage: Was wünschen wir uns in Zukunft für eine Gesellschaft?«

»Ich wünsche mir eine«, so Karl Ladenhauf von der Wohnbauförderung des Landes Vorarlberg, »in der ganz selbstverständlich auch Menschen in schwierigen Lebenslagen gut wohnen dürfen. Das ist ein gesamtgesellschaftlicher Auftrag. Die Wohnversorgung ist eine grundsätzliche Bedingung für die Entwicklung jedes Menschen und das Recht auf Wohnen ist eine wesentliche Voraussetzung für eine funktionierende Gesellschaft und für den sozialen Frieden. Und der ist auch in Vorarlberg auf Dauer keine Selbstverständlichkeit.«

### ↘ DURCHSCHNITTliche ENTWICKLUNG DER WOHNPREISE 2007–2013

#### Gebrauchte Eigentumswohnung in Bregenz und näherer Umgebung

2007	160.000 €	+ 20 %
2013	192.000 €	

80 m<sup>2</sup>, in guter Lage, zeitgemäße Ausstattung  
 ohne Sanierungsbedarf, Kaufpreis ohne Nebenkosten

#### Private Mietwohnung in Dornbirn und näherer Umgebung

2007	650 €	+ 24,6 %
2013	810 €	

100 m<sup>2</sup>, in guter Lage, zeitgemäße Ausstattung  
 ohne Sanierungsbedarf, Nettomonatsmiete  
 ohne Betriebskosten und Mehrwertsteuer.

#### Baugrund in Götzis und näherer Umgebung

2007	95.000 €	+ 31,6 %
2013	125.000 €	

500 m<sup>2</sup>, in guter Lage, Kaufpreis ohne Nebenkosten

Quelle: Vorarlberger Immobilienpreisspiegel 2003–2013  
 (s REAL Immobilien Vorarlberg)

Gemeinnütziger Wohnbau früher:  
42 Blöcke, 850 Wohnungen,  
2.600 Menschen. Die Achsiedlung –  
die größte Siedlung Vorarlbergs –  
wurde in den 1970er-Jahren gebaut  
und liegt am Stadtrand von Bregenz



GEMEINNÜTZIGER  
WOHNBAU

## » Darum müssen wir uns alle kümmern.«

Wie reagiert die Politik auf den steigenden Bedarf an leistbaren Wohnungen? Wie hat sich der gemeinnützige Wohnbau im Laufe der Jahre verändert? Treiben Passivhausqualität und Barrierefreiheit die Baukosten nicht allzu sehr in die Höhe? Ein Gespräch mit Landeshauptmann Markus Wallner und Landesstatthalter Karlheinz Rüdisser.

**Eine Analyse von Vision Rheintal hat ergeben, dass sich der gemeinnützige Wohnbau in Vorarlberg sehr ungleich verteilt. Woran liegt das?**

*Markus Wallner:* Weil sich die Arbeitsplätze in den Ballungsräumen konzentrieren, ist dort natürlich auch die Nachfrage nach Wohnungen größer. Dazu kommt aber auch, dass es Gemeinden gibt, die sich schon länger ganz aktiv in der Entwicklung des gemeinnützigen Wohnbaus engagieren, während andere lange zurückhaltend waren. Inzwischen allerdings steigt die Bereitschaft für den gemeinnützigen Wohnbau in vielen Gemeinden stark an.

**Woher kommt diese erhöhte Bereitschaft?**

*Markus Wallner:* Dass Grundstücke immer knapper und teurer werden, hat zu einem völligen Strukturwandel in der Bebauung geführt – das Einfamilienhaus verliert, die verdichtete Bauweise gewinnt an Bedeutung. Das verhilft auch dem gemeinnützigen Wohnbau zu mehr Akzeptanz: Elf Gemeinden, in denen es bisher keinen gemeinnützigen Wohnbau gab, planen für 2013 und 2014 ihre ersten Anlagen.

**Man will also in die Breite gehen. Warum?**

*Markus Wallner:* Gemeinnütziger Wohnbau ist mit finanziellen und anderen Belastungen verbunden. Diese Belastungen sollen nicht einigen wenigen Gemeinden aufgebürdet, sondern möglichst gleichmäßig verteilt werden. Der Hauptgrund, warum wir mit dem gemeinnützigen Wohnbau mehr in die Breite gehen wollen, ist aber ein anderer: Junge Familien, die leistbaren Wohnraum suchen, sollten nicht gezwungen sein wegzuziehen, weil es in ihrer Gemeinde kein solches Angebot gibt.

**Setzt eine möglichst gleichmäßige Verteilung nicht einen regionalen Blick und eine regionale Zusammenarbeit voraus?**

*Karlheinz Rüdisser:* Das ist im Rheintal bereits im Entstehen. Über Vision Rheintal haben das Land Vorarlberg und die Bürgermeister, die im Regio-Team Rheintal vertreten sind, gemeinsam vereinbart, einen Zielekatalog zu erarbeiten. In diesem Zielekatalog geht es unter anderem darum, überall im Rheintal ein vernünftiges Angebot an gemeinnützigem Wohnbau zu schaffen und die Zusammenarbeit in diesem Bereich zu stärken.

»Junge Familien, die leistbaren Wohnraum suchen, sollten nicht gezwungen sein wegzuziehen, weil es in ihrer Gemeinde kein solches Angebot gibt.«

LANDESHAUPTMANN MARKUS WALLNER





Gemeinnütziger Wohnbau heute: Im Jahr 2010 wurde gleich neben der Kirche mitten im Dorfkern von Satteins eine kleine Anlage mit 11 Wohnungen fertiggestellt – barrierefrei und in Passivhausqualität.

**Sollte es einen verpflichtenden Schlüssel geben, wie viele gemeinnützige Wohnungen eine Gemeinde pro 100 EW haben muss?**

*Karlheinz Rüdissler:* Von dieser Verpflichtung halte ich nichts. Verbote und Vorschriften führen nicht wirklich zum Ziel, man muss von einer Sache überzeugt sein. Ausschlaggebend sind die Rahmenbedingungen in den einzelnen Gemeinden – und die sind in Alberschwende eben ganz anders als in Dornbirn. Es ist von den Baukosten her ein Unterschied, ob ich im alpinen Gelände baue oder in der Ebene. Außerdem braucht eine Anlage aus wirtschaftlichen Gründen eine gewisse Anzahl von Wohnungen, es muss also auch ein entsprechend großer Bedarf da sein.

**Wie wird der Bedarf erfasst?**

*Markus Wallner:* Die einzelnen Gemeinden haben Wohnungswerberlisten, auf die sich jeder setzen lassen kann, der in der jeweiligen Gemeinde entweder wohnt oder arbeitet, Bedarf an einer Wohnung hat und ein bestimmtes Einkommen nicht überschreitet. Diese Listen fließen dann bei der Wohnbauförderungsstelle des Landes zusammen.

**Ist es nicht oft so, dass viele ihren Bedarf gar nicht melden, weil sie wissen, dass es in ihrer Gemeinde kein Angebot gibt?**

*Karlheinz Rüdissler:* Ich würde den Leuten empfehlen, trotzdem zur Gemeinde zu gehen und den Bedarf zu melden. Die Leute müssen klar artikulieren, was sie wollen, damit man zu einer Lösung kommen kann. Gut ist natürlich auch, wenn die Gemeinden aktiv informieren und die Menschen aufmuntern, sich zu melden. Da ist aber durch die Verknappung von Grund und Boden ohnehin bereits ein Wandel zu spüren.

**Der Bedarf an gemeinnützigen Wohnungen steigt deutlich. Wie reagiert das Land darauf?**

*Markus Wallner:* Bisher haben wir 300–330 gemeinnützige Wohnungen pro Jahr gebaut, für 2013 und 2014 haben wir ein Bauprogramm von 500 Wohnungen beschlossen, wenn es notwendig ist, werden wir das auch in den Jahren danach weiterführen. Die Wohnbauförderung für den gemeinnützigen Wohnbau haben wir entsprechend um 11,5 Millionen Euro aufgestockt.

**Trotzdem gibt es in Vorarlberg nach wie vor sehr viel weniger gemeinnützigen Wohnbau als in vielen anderen Teilen Österreichs. Woran liegt das?**

*Karlheinz Rüdissler:* Zum Großteil an der unterschiedlichen Mentalität. Während viele Menschen gerne in einer Gemeindewohnung mit niedrigem Zins wohnen und mit dem Rest ihres Gehaltes gut leben, haben es die Vorarlberger eher in sich, Eigentum zu schaffen – was ich im Übrigen für eine sehr gute Charaktereigenschaft halte.



↘ **MASSNAHMEN 2013/2014**

**500** gemeinnützige Wohnungen pro Jahr sollen die drei gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen VOGEWOSI, Wohnbauselbsthilfe und Alpenländische Heimstätte 2013 und 2014 in Vorarlberg bauen. In den Jahren zuvor waren es im Schnitt 300–330 Wohnungen pro Jahr.

**40** Millionen Euro Wohnbauförderung sind 2013 dem gemeinnützigen Wohnbau gewidmet. Das sind 11,5 Millionen mehr als 2012.

**11** Vorarlberger Gemeinden, in denen es bisher keinen gemeinnützigen Wohnbau gab, planen für 2013/2014 die ersten Anlagen: Bartholomäberg, Bildstein, Brand, Eichenberg, Hittisau, Hohenweiler, Laterns, Lingenau, St. Gerold, Thüringen und Zwischenwasser.

### Durchschnittliche Anzahl der Wohnungen pro Anlage (VOGEWOSI)

76 Wohnungen im Jahr 1980

43 Wohnungen im Jahr 1990

22 Wohnungen im Jahr 2000

22 Wohnungen im Jahr 2012

Im Laufe der Jahre sind die gemeinnützigen Wohnanlagen immer kleiner geworden. Die »kleinsten« Anlagen baute die VOGEWOSI im Jahr 2008 mit durchschnittlich 13 Wohnungen pro Anlage.

» **Aber wer kann sich ein Eigenheim noch leisten?**

*Karlheinz Rüdisser:* Auf Anhub immer weniger, das stimmt. Grob geschätzt kostet eine neue Eigentumswohnung mit 70 oder 80 m<sup>2</sup> zirka 300.000 Euro, das ist mit einem durchschnittlichen Einkommen schwer finanzierbar. Und da bekommt der gemeinnützige Wohnbau eine neue Rolle: Für einen Teil der Menschen ist er zwar nach wie vor eine Dauerlösung, für einen anderen Teil aber auch eine Übergangslösung: In der leistbaren gemeinnützigen Wohnung kann man sich die Basis für ein Eigenheim schaffen.

**Der gemeinnützige Wohnbau hat nach wie vor nicht das beste Image – zu Recht?**

*Karlheinz Rüdisser:* Nein, absolut nicht zu Recht. Da hat sich in den letzten Jahren sehr, sehr viel getan. Die neueren Anlagen sind im Schnitt sehr viel kleiner als früher, möglichst gut an die Nahversorgung angebunden und die Bewohner sind meist eine gute Mischung aus verschiedenen Haushaltsgrößen, Generationen und Nationalitäten. Gemeinnützige Wohnanlagen sind heutzutage barrierefreie Passivhäuser, die sich auch bauphysikalisch nicht mehr vom privaten Wohnbau unterscheiden. Am Garnmarkt in Götzis beispielsweise stehen zwei Wohnblöcke nebeneinander, der eine ist privat, der andere gemeinnützig – Sie werden den Unterschied nicht erkennen. Und das halte ich für richtig.

**Klein, zentral und gut durchmischt – das sind also die Garantien für einen funktionierenden gemeinnützigen Wohnbau?**

*Markus Wallner:* Das sind Richtlinien, aber natürlich ist auch die individuelle Situation entscheidend. Wenn sie klein genug ist, ist eine

Anlage auch am Siedlungsrand oft problemlos möglich, während im innerstädtischen Umfeld auch größere Anlagen gut funktionieren können. Und eine Anlage mit 12 Wohnungen muss keinen Querschnitt durch die gesamte Gesellschaft bieten, da findet die Durchmischung mit den umliegenden Siedlungen statt.

**Passivhausqualität und Barrierefreiheit treiben die Kosten des gemeinnützigen Wohnbaus in die Höhe. Ist das gerechtfertigt?**

*Karlheinz Rüdisser:* Um das genau zu klären, haben wir eine Reihe von Projekten gestartet. Wir beobachten zum Beispiel über einen längeren Zeitraum die Betriebskosten von zwei typengleichen Anlagen, von denen die eine im Passivhausstandard, die andere im ÖKO-III-Standard gebaut wurde. Unabhängig davon glaube ich, dass wir das ökologische Niveau generell halten, aber in Einzelfällen flexibel reagieren sollten. Wenn eine gemeinnützige Wohnanlage daran zu scheitern droht, dass sie zum Beispiel durch ihre Lage nur mit einem extremen Aufwand im Passivhausstandard errichtet werden kann, dann kann ich im Einzelfall auch einmal damit leben, dass sie kein reines Passivhaus ist. Ähnliches gilt für die Barrierefreiheit: In einer Anlage mit vier bis fünf Stockwerken kann ich nicht auf einen Lift verzichten, bei einer zweistöckigen Anlage, die drei Einheiten im Erdgeschoß und drei im Obergeschoß hat, schon.

**Wenn der Bedarf an gemeinnützigen Wohnungen weiter steigt, wird dann auch das Angebot immer weiter ausgebaut werden?**

*Markus Wallner:* Ja. Wohnen ist eines der elementarsten Bedürfnisse des Menschen und darum müssen wir uns alle kümmern. Daran kommt die Politik nicht vorbei.

»Am Garnmarkt in Götzis stehen zwei Wohnblöcke nebeneinander, der eine ist privat, der andere gemeinnützig – Sie werden den Unterschied nicht erkennen. Und das halte ich für richtig.«

LANDESSTATTHALTER KARLHEINZ RÜDISSE





Nach dem Motto »29 Gemeinden. Ein Lebensraum.« haben wir wieder einige spannende (Kooperations)-Projekte aus dem Rheintal zusammengetragen. Neun Seiten mit Geschichten über das gemeinsame Pflegekonzept von Wolfurt, Schwarzach und Kennelbach (Seite 14), über die neuesten Entwicklungen der REGIO Vorderland-Feldkirch (Seite 16) und über die staatsgrenzenübergreifende Zusammenarbeit des Vorarlberger und des St. Galler Rheintals (Seite 18).

VEREIN AM KUMMA

# Es muss nicht alles in Götzis sein.

Seit vielen Jahren besteht sie nun schon, die erfolgreiche Zusammenarbeit der vier Kummberggemeinden Altach, Götzis, Koblach und Mäder. Mit dem Versuch, eine gemeinsame Baurechtsverwaltung zu schaffen, kommt jetzt erstmals ein wenig Sand ins Kooperationsgetriebe. Wie geht man amKumma damit um?

**Eigentlich war alles klar: In jeder der vier Kummberggemeinden wurde der Beschluss gefasst, dass es eine gemeinsame Baurechtsverwaltung geben soll, der Start war für Anfang 2013 geplant. Man freute sich auf mehr Qualität, mehr Effizienz, mehr Wirtschaftlichkeit. Bei der Standortfrage kam das Projekt dann allerdings ins Stolpern.** Zur Auswahl standen zwei mögliche Standorte: das Koblacher Gemeindeamt und ein leerstehendes Geschäftslokal in Götzis. Für Götzis spricht vor allem die gute Erreichbarkeit durch die Nähe des Geschäftslokales zum Bahnhof, wo der ganze öffentliche Verkehr der Region zusammenläuft. Für Koblach spricht die Tatsache, dass die Räumlichkeiten fix fertig sind, während man in Götzis noch einiges in die Renovierung investieren müsste.

Zu diesen sachlichen Argumenten kam aber eine ganz grundsätzliche Frage dazu: Muss immer alles in Götzis sein? »Nein«, sagt Rainer Siegele, Bürgermeister in Mäder, »wenn alles am objektiv besten Standort ist, dann ist immer alles in Götzis. Ich bin aber für mehr Dezentralisierung. Es soll gezeigt werden, dass die drei anderen Gemeinden nicht nur ein Anhängsel von Götzis sind, sondern gleichberechtigte Partner. Um ein solches Zeichen zu setzen, würde sich die Baurechtsverwaltung mit ihrem relativ geringen Parteienverkehr sehr anbieten.«

»Geplant ist nämlich«, ergänzt Koblachs Bürgermeister Fritz Maierhofer, »dass die Bauwerber ihre Unterlagen im Sinne von kurzen Wegen auch in Zukunft bei ihrer jeweiligen Gemeinde abgeben, mit einem Baurechtstourismus ist also nicht zu rechnen.«

Gottfried Brändle, Bürgermeister in Altach, sieht die Situation trotzdem anders: »Ich kann doch nicht eine Gemeinde aus der Standortfrage aus-

schließen, nur weil sie die größte ist. Wir alle profitieren ja auch in vieler Hinsicht von der Größe, die Götzis hat.«

## Das Ziel bleibt aufrecht, der Zeitplan nicht.

Zwei Stimmen für Götzis, zwei Stimmen für Koblach. Damit sah man sich im Vorstand des Vereins »Region amKumma« mit einer Situation konfrontiert, die es seit der Gründung im Jahr 2005 noch nie gab: Man kam zu keinem einstimmigen Ergebnis. Die vier Bürgermeister beschlossen deshalb, die Frage in die Vollversammlung des Vereins zu tragen, die aus allen politischen Vertretern aller vier Gemeinden besteht. Der Gedanke der regionalen Ausgewogenheit stieß in der Vollversammlung auf viel Zuspruch, die Abstimmung ging mit einer großen Mehrheit für Koblach aus. Weil aber dieses Ergebnis nicht vom gesamten Vereinsvorstand mitgetragen wird, ist man genau genommen keinen Schritt weitergekommen.

Heißt das jetzt, es wird keine gemeinsame Baurechtsverwaltung amKumma geben? »Das Ziel besteht nach wie vor, da gibt es keine Frage für mich«, meint Werner Huber, Bürgermeister von Götzis und Sprecher der Region amKumma, »der Zeitplan ist allerdings nicht mehr einzuhalten.« »Der wesentliche Punkt«, ergänzt Gottfried Brändle, »ist für mich gar nicht so sehr die Baurechtsverwaltung, sondern dass wir für die Zukunft Spielregeln festlegen, wie wir mit solchen Situationen umgehen.«

## Agenden abgeben oder nur Projekte umsetzen, bei denen sich alle einig sind?

An der Definition solcher Spielregeln wird zurzeit, unterstützt durch einen Moderator,



»Ich habe mit meinen drei Bürgermeisterkollegen  
in der Region ein wunderbares Auskommen.  
Wir legen auch alle vier Wert darauf, dass es so bleibt.«

WERNER HUBER, SPRECHER DER REGION AM KUMMA



intensiv gearbeitet. »Was dabei herauskommt, wissen wir noch nicht genau«, erläutert Rainer Siegele, »aber eigentlich gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder setzen wir ausschließlich Projekte um, bei denen wir uns alle einig sind, oder die Gemeindevertretungen geben bestimmte Agenden an den Verein amKumma ab, und dann gilt das, was in der Vollversammlung beschlossen wird.« Ein Weg, den man auch beim Wasserverband, beim Umweltgemeindevorband oder beim Landbus Unterland gegangen ist.

Schadet die Diskussion um den Standort der Baurechtsverwaltung nicht dem regionalen Gedanken? »Genau das wollen wir vermei-

den«, betont Fritz Maierhofer, »denn von der Region amKumma sind wir nach wie vor überzeugt. Wir haben gemeinsam schon einige sehr bürgernahe und sinnvolle Projekte zustande gebracht – vom gemeinsamen Einkaufsgutschein über den Ortsbus amKumma bis zum Jugendpark beim Mösle-Stadion, der sich zurzeit im Bau befindet.« Werner Huber sieht das ähnlich: »Ich habe mit meinen drei Bürgermeisterkollegen in der Region ein wunderbares Auskommen. Wir legen auch alle vier Wert darauf, dass es so bleibt.« »Und eigentlich«, sinniert Gottfried Brändle, »hat die ganze Diskussion ja auch eine gute Seite.« Die da wäre? »Wir haben als Region wieder etwas dazugelernt.«



Im Spannungsfeld zwischen Verbindlichkeit und Freiwilligkeit, zwischen regionalem Blick und den Interessen der eigenen Gemeinde: Kooperationen sind gut und wichtig, stellen aber alle Beteiligten auch immer wieder vor große Herausforderungen.

Eineinhalb Jahre lang haben Wolfurt, Schwarzach und Kennelbach an ihrem gemeinsamen Pflegekonzept gearbeitet. Jetzt liegt es vor und kann nach einer Entwicklungs- und Planungsphase voraussichtlich bereits ab 2015/2016 umgesetzt werden. Im Bild (v. l. n. r.) die drei Bürgermeister Hans Bertsch (Kennelbach) Christian Natter (Wolfurt) und Manfred Flatz (Schwarzach).



**GEMEINSAMES  
PFLEGEKONZEPT**

# Ganz nah bei den Menschen.

Heute leben in Wolfurt, Schwarzach und Kennelbach rund 500 Menschen, die 80 Jahre und älter sind. Im Jahr 2025 werden es bereits 948 Bürgerinnen und Bürger sein. Eine Herausforderung, der die drei Gemeinden zusammen begegnen wollen.

oder ob ein neuer gefunden werden muss, wird noch geklärt. »Entwickelt sich der Bedarf so wie prognostiziert«, so Christian

**Das Pflegeheim in Wolfurt bietet zurzeit 50 Plätze für die Pflegestufen vier bis sieben. Der aktuelle Bedarf in den drei Projektgemeinden liegt jedoch bei zirka 80 Plätzen, für das Jahr 2025 ist ein Bedarf von 124 Plätzen prognostiziert.** So steht es in dem Pflegekonzept, das Wolfurt, Schwarzach und Kennelbach gemeinsam mit Sozialplaner Christoph Jochum erarbeitet haben. »Wir wollen diesen Bedarf so decken, wie er entsteht«, erklärt Christian Natter, Bürgermeister in Wolfurt, »nämlich Schritt für Schritt.« Zunächst soll das Pflegeheim in Wolfurt auf zirka 80–90 Betten aufgestockt werden; ob das am bestehenden Standort machbar ist

Natter weiter, »ist angedacht, in 10 bis 15 Jahren als Satellit von Wolfurt eventuell ein Pflegeheim in Schwarzach zu bauen, das für 40 Plätze ausgelegt ist.« Diese etappenweise Vorgehensweise ist den drei Hofsteiggemeinden wichtig, um immer wieder flexibel auf Prognoseunsicherheiten reagieren zu können. Ein großer Unsicherheitsfaktor ist die häusliche 24-Stunden-Pflege. Würden diese so genannten »Osthilfen« wegfallen, wäre der Bedarf an Heimplätzen noch einmal um 30–40 Prozent höher anzusetzen.

### Zentrales Headquarter für Betreuung und Pflege.

Die bestehenden Seniorenheime in Schwarzach und Kennelbach bieten zurzeit 16 Plätze für die Pflegestufen eins bis drei, sind aber langfristig nicht zukunftsfähig. Das Angebot soll beispielsweise durch eine Pflegewohngruppe mit acht bis zehn Plätzen ersetzt werden, zusätzlich soll es in allen drei Gemeinden betreute Wohnungen geben und auch die Tagespflege wird ausgebaut. Zusammenlaufen sollen sämtliche Fäden in einem zentralen Headquarter mit gemeinsamem Geschäftsführer und gemeinsamem Sekretariat.

Erwas anders sieht es bei den ambulanten Diensten aus. Bei der Erstellung des Pflege-

**↘ BEDARFSSCHÄTZUNG 2025**

**für Schwarzach, Wolfurt und Kennelbach**

	Stand 2011	Bedarf 2025
↘ Pflegeheimplätze	50	124
↘ Vollzeitstellen Hauskrankenpflege	6,3	12,6
↘ jährliche Einsatzstunden der mobilen Hilfsdienste	10.411	23.300
↘ Tagesbetreuungsplätze	7	25
↘ Betreute Wohnungen	0	32
↘ Plätze in Pflegewohngruppen	0	8–10



Die Zahl der Pflegebedürftigen wird sich in Wolfurt und Kennelbach bis 2030 verdoppeln, in Schwarzach bereits bis 2020. Die ambulanten und stationären Dienste müssen nicht nur mit der Zahl der Pflegebedürftigen mitwachsen, sondern auch das schwächer werdende familiäre Netz kompensieren. Das stärkste Bedarfswachstum werden dabei die MOHIS und die Mahlzeitendienste haben.

konzeptes hat sich erfreulicherweise herausgestellt, dass Hauskrankenpflege, Mobile Hilfsdienste und Rollender Esstisch sehr gut aufgestellt sind. »Natürlich müssen auch die ambulanten Dienste mit dem steigenden Bedarf weiter ausgebaut werden«, betont Hans Bertsch, Bürgermeister in Kennelbach, »aber Krankenpflegevereine und MOHIS sollen auch in Zukunft vor Ort in den einzelnen Gemeinden bleiben, ganz nah bei den Menschen.« Synergien ergeben sich aber auch in diesem Bereich – zum Beispiel durch Mitarbeiterpools zur gemeinsamen Abdeckung von Sonn- und Feiertagsdiensten, von Urlaubs- und Krankenvertretungen.

#### Feinjustierung der Konzeptinhalte.

Das Konzept liegt auf dem Tisch, Grundsatzbeschlüsse zum gemeinsamen Vorgehen sind in allen drei Gemeinden bereits gefasst worden und es gab auch erste Abstimmungsgespräche mit dem Land Vorarlberg. Jetzt liegt es an den drei Bürgermeistern, sich über die Finanzierung zu einigen, die Art der Kooperation zu definieren und die Verträge zu entwerfen.

Gleichzeitig werden mehrere Arbeitsgruppen formiert, die in den nächsten eineinhalb Jahren mit der Feinjustierung des Konzeptes betraut sind: Wie genau soll die stationäre und ambulante Pflege und Betreuung der Zukunft aussehen? Welche Standorte eignen sich für ein Pflegeheim? Welche Gesetze sind für unser Vorhaben relevant? Wo wird gekocht? Wie wird geheizt? Wie sieht es mit der Abfallentsorgung und dem Brandschutz aus? Nach dieser Entwicklungs- und Planungsphase könnte 2015 und 2016 mit der Umsetzung gestartet werden.

#### Mit 13.000 Einwohnern ideale Größe.

Und warum wird das Thema Pflege und Betreuung in Form einer Kooperation angegangen? »Natürlich geht es auch um mehr Effizienz und Wirtschaftlichkeit«, meint Manfred Flatz, Bürgermeister in Schwarzach, »ausschlaggebend ist aber die Tatsache, dass wir die Qualität, die wir uns wünschen, im Alleingang nicht bewerkstelligen können, während wir drei Nachbargemeinden mit unseren insgesamt 13.000 Einwohnern eine ideale Größe haben, um das miteinander zu machen.«

#### WEITERE INFORMATIONEN:

MARKTGEMEINDE WOLFURT  
BÜRGERMEISTER CHRISTIAN NATTER  
TELEFON: 05574/68 40 29  
CHRISTIAN.NATTER@WOLFURT.AT

#### PROZESSSTRUKTUR

**Lenkungsausschuss** lenkt den gesamten Prozess, informiert und macht Öffentlichkeitsarbeit, setzt die Arbeitsgruppen und ihre Mitglieder ein

**Steuerungsgruppe** leitet die Arbeitsgruppen, führt Ergebnisse zusammen, plant Exkursionen und wertet sie aus

**Arbeitsgruppen**

↘ Pflege	↘ Reinigung
↘ Machbarkeit	↘ Energie
↘ Recht	↘ Abfall
↘ Ambulante Dienste	↘ Brandschutz
↘ Verpflegung	↘ Raumkonzept

In allen Ausschüssen und Gruppen finden sich ExpertInnen und VertreterInnen aller drei Gemeinden.



»Der regionale Gedanke kann nicht an den Grenzen der jeweiligen Region aufhören, dann hätten wir nur wieder neue Kirchtürme, die vielleicht ein wenig höher sind als die alten.«

CHRISTOPH KIRCHENGAST, REGIONALMANAGER DER REGIO VORDERLAND-FELDKIRCH

REGIO  
VORDERLAND-FELDKIRCH

# »Das ist wie ein Mikrokosmos.«

Seit September 2012 ist Christoph Kirchengast Manager der REGIO Vorderland-Feldkirch. Wie erlebt der gebürtige Steirer »seine« Region? Was tut ein Regionalmanager eigentlich? Und welche Schwerpunkte prägen seine Arbeit in den nächsten Jahren?

## **Was genau ist ein Regionalmanager? Ein Koordinator? Ein Berater? Ein Therapeut?**

*Christoph Kirchengast:* Ich sehe mich als Koordinator des Gesamtprozesses. Als Bindeglied zwischen Politik, Verwaltung und Bevölkerung. Und als denjenigen, der die Beschlüsse, die im Vorstand gefasst werden, zur Umsetzung bringt. Dabei vertrete ich nicht die Interessen der 13 einzelnen Gemeinden, sondern die Schnittmenge der gemeinsamen Interessen. Eine Region ist etwas anderes als die Summe ihrer Gemeinden.

## **Braucht eine Region einen Manager?**

*Christoph Kirchengast:* Ich denke, die Stelle eines neutralen Regionalmanagers zu schaffen, war dringend nötig und wird einen Schub an Professionalisierung bringen, denn die Bürgermeister sind auch ohne REGIO-Agenden voll ausgelastet.

## **Im Gemeindeamt Sulz wird im Sommer 2013 ein »Regiozentrum« eröffnet. Gab es Standortdiskussionen?**

*Christoph Kirchengast:* In diesem »Regiozentrum« im Erdgeschoß des Gemeindeamtes Sulz sollen Baurechtsverwaltung, Finanzverwaltung und mein Büro zusammengeführt werden. Ähnlich wie amKumma gab es auch bei uns heftige Standortdiskussionen. Das halte ich für ganz normal. Man hat sich dann auf Sulz geeinigt, weil die Meinung überwiegt, dass nicht immer alle Strukturen in den größten Gemeinden sein sollten. Zudem liegt Sulz sehr zentral und ist für alle BürgerInnen gut erreichbar.

## **Wie erleben Sie das Verhältnis der Berg- und Talgemeinden zueinander?**

*Christoph Kirchengast:* Im Dezember 2008 hat Johann Bröthaler von der TU Wien bei einer Veranstaltung von Vision Rheintal in Götzis einen Vortrag über Kommunalsteuer und Finanzausgleich gehalten. Dieser Vortrag hatte große Wirkung, die Folien kursieren heute noch. Nicht zuletzt durch diesen Vortrag sind sich die Hanggemeinden bewusst, dass sie von positiven Entwicklungen wie Betriebsansiedlungen im Tal mitprofitieren – auch finanziell. Dieses Bewusstsein ist ein großer Erfolg. Ich denke aber, dass es auch den umgekehrten Schritt noch braucht: Wie setzt man die Kulturlandschafts- und Naherholungsfunktion in Wert? Welchen Beitrag leisten wir hier unten zur Erhaltung der Skilifte und Wanderrouten da oben? Das muss nicht immer ein monetärer Beitrag sein, da gibt es auch andere Möglichkeiten.

## **Hört Ihre Arbeit an den Grenzen der REGIO auf?**

*Christoph Kirchengast:* Auf keinen Fall! Der regionale Gedanke kann nicht an den Grenzen der jeweiligen Region aufhören, dann hätten wir nur wieder neue Kirchtürme, die vielleicht ein wenig höher sind als die alten. Wir treffen uns mittlerweile in der Runde der Vorarlberger RegionalmanagerInnen zum regelmäßigen Informations- und Ideenaustausch. Das Befruchtungspotenzial zwischen den Regionen ist enorm: Wir haben zum Beispiel gerade ein Konzept für Kindergarten-Springerdienste



Die Kinderbetreuung wird in den kommenden Jahren ein Schwerpunktthema der REGIO Vorderland-Feldkirch sein. In einem ersten Schritt gibt es im Sommer 2013 erstmals eine regioweite Ferienbetreuung für Kinder von drei bis zehn Jahren.

beschlossen, das im Walgau entwickelt wurde. Das nicht neu erfinden zu müssen, war ein riesengroßer Vorteil für uns.

**Apropos Kindergarten: Welchen Stellenwert nimmt das Thema Kinderbetreuung im Vorderland ein?**

*Christoph Kirchengast:* Neben den Themen Energie, Naherholung und Nahversorgung ist auch die Kinderbetreuung eines unserer Schwerpunktthemen für die kommenden Jahre. Da gilt es, eine permanente Arbeitsgruppe zu formieren, die sich um die strategische Planung und auch um viele kleine Schritte kümmern soll: um die Harmonisierung der Kindergartentarife, um einheitliche Öffnungszeiten, um regioweit gleiche Verträge für Pädagoginnen, die auch einen Dienstortwechsel zulassen. Langfristig könnte das Ziel sein, die Kinderbetreuung regional zu organisieren und zu verwalten. Zunächst einmal werden wir aber einen Springerdienst installieren und im Sommer 2013 erstmals eine regioweite Ferienbetreuung anbieten.

**Wie sieht diese Ferienbetreuung aus?**

*Christoph Kirchengast:* Es ist ein Betreuungsangebot für drei- bis zehnjährige Kinder, das sich in ein Vormittags-, ein Mittags- und ein Nachmittagsmodul gliedert und von Montag bis Freitag zwischen 7.15 und 16 Uhr zur Verfügung steht. Die Einrichtungen in Feldkirch und Rankweil öffnen sich für Kinder aus anderen Gemeinden der Region, mit Klaus und Sulz kommen zwei neue Stützpunkte dazu, die nicht nur regional zugänglich sind, sondern auch regional betrieben werden. Mit diesem

Pilotprojekt betreten wir in vieler Hinsicht Neuland. Es wurde und wird dabei einiges an Grundlagenarbeit bezüglich administrativer, organisatorischer, finanzieller und rechtlicher Aspekte geleistet. Künftige Kooperationsprojekte im Bereich Kinderbetreuung werden darauf aufbauen können.

**Was reizt Sie an der Region Vorderland-Feldkirch?**

*Christoph Kirchengast:* Mit ihrem Spannungsfeld zwischen Berg und Tal, zwischen Stadt und Land ist die Region so komplex wie keine andere, in ganz Österreich findet sich meines Wissens nichts Vergleichbares. Da stehen sich Feldkirch mit 33.000 Einwohnern und Viktorsberg mit 370 Einwohnern gegenüber. Das ist wie ein Mikrokosmos.

**Ist das ein Vorteil oder ein Nachteil?**

*Christoph Kirchengast:* Von beidem etwas. Es macht die Arbeit zwar aufwändiger, birgt aber auch die Chance, etwas sehr Nachhaltiges auf die Beine zu stellen: einen Lebensraum, in dem man von den wirtschaftsstarke Talgemeinden bis zur Naherholung in den Hanggemeinden alles vorfindet, was man braucht. Und noch einiges mehr.

**ZUR PERSON:**

CHRISTOPH KIRCHENGAST WURDE 1978 IN GRAZ GEBOREN, HAT SOZIAL- UND KULTURANTHROPOLOGIE SOWIE KOMMUNIKATIONSWISSENSCHAFTEN IN WIEN STUDIERT, WAR ZWISCHEN 2005 UND 2012 AM SOZIOLOGIE-INSTITUT DER UNI INNSBRUCK ALS FORSCHER UND LEKTOR BESCHÄFTIGT, LEBT MIT PARTNERIN UND ZWEI KINDERN IN FELDKIRCH.

Regelmäßig finden sich die Bürgermeister und GemeindepräsidentInnen des St. Galler und des Vorarlberger Rheintals zu grenzüberschreitenden Treffen zusammen.



AGGLOMERATIONSPROGRAMM  
RHEINTAL

## Umsetzung startet 2015.

Die Zusammenarbeit diesseits und jenseits des Rheins nimmt konkrete Formen an: Das St. Galler Rheintal beteiligt sich am schweizerischen Agglomerationsprogramm – unter Einbeziehung des Vorarlberger Rheintals.

**Im Rahmen des Agglomerationsprogramms stellt der Schweizer Bund finanzielle Mittel bereit, um die Entwicklung in den Bereichen Siedlung, Landschaft und Verkehr zu optimieren.** Das Grundanliegen dabei ist es, nicht auf Gemeindeebene, sondern in funktionalen Räumen zu denken – auch grenzüberschreitend. Das St. Galler und das Vorarlberger Rheintal bilden zusammen einen solchen funktionalen Raum. Viele Nutzungsansprüche an diesen Raum – von der Arbeit über das Einkaufen bis zur Freizeitgestaltung – sind bereits heute grenzüberschreitend und Fragen der überregionalen Verkehrsanbindung oder der Standortattraktivität lassen sich ohnehin nur gemeinsam beantworten.

### **Siedlung, Landschaft und Verkehr.**

Zusammenarbeit ist also wichtiger denn je. Und die nimmt jetzt ganz konkrete Formen an: Am Agglomerationsprogramm Rheintal sind beide Seiten des Rheins aktiv beteiligt, Vorarlberg saß von Anfang an mit am Tisch, gehört der Gesamtprojektleitung an und war durch die Mitarbeit in verschiedenen Fachgruppen an der Erarbeitung der Leitideen und Maßnahmen mitverantwortlich. Inhaltlich geht es schwerpunktmäßig um die Förderung

der Siedlungsentwicklung nach innen, um eine großräumige Sicherung des Landschaftsraumes und um die gemeinsame

Entwicklung nachhaltiger grenzüberschreitender Verkehrsverbindungen.

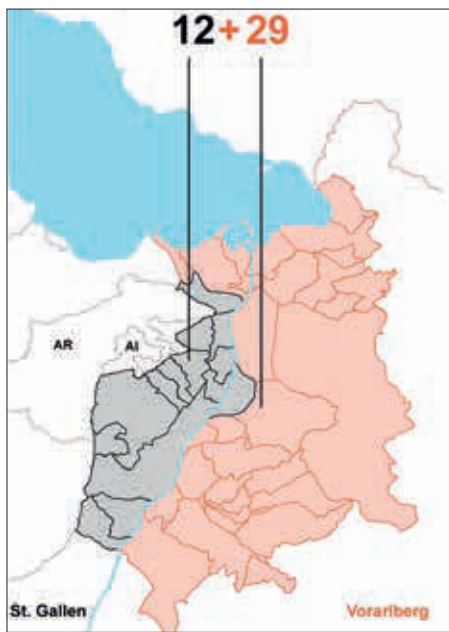
### **Bis zu 120 Millionen Schweizer Franken.**

Das Agglomerationsprogramm Rheintal wurde Ende 2011 bei den Bundesstellen der Schweiz eingereicht, mit der Umsetzung kann voraussichtlich 2015 begonnen werden. Bis dahin stehen einige Hausaufgaben an – unter anderem die Bildung einer grenzüberschreitenden Trägerschaft.

Die Kosten für die Umsetzung der Maßnahmen im Rheintal liegen bei maximal 120 Millionen Schweizer Franken, zwischen 30 und 50 Prozent davon könnten vom Bund übernommen werden. Insgesamt gibt es in der Schweiz über 40 Agglomerationsprogramme, knapp ein Viertel davon ist grenzüberschreitend.

### **WEITERE INFORMATIONEN:**

AMT DER VORARLBERGER LANDESREGIERUNG  
RAUMPLANUNG UND BAURECHT  
TELEFON: 05574/511-27127  
STEFAN.OBKIRCHER@VORARLBERG.AT



Bedeutender Lebensraum:  
Zusammen haben die  
zwölf Gemeinden des  
St. Galler Rheintals und  
die 29 Gemeinden des  
Vorarlberger Rheintals  
308.583 Einwohner und  
eine Gesamtfläche von  
59.247 Hektar.



»Eine der wesentlichsten Maßnahmen für die nächsten Jahre ist die gegenseitige Abstimmung der Verkehrskonzepte des St. Galler und des Vorarlberger Rheintals. Es braucht einen attraktiven grenzüberschreitenden öffentlichen Verkehr, es braucht Brücken über den Rhein für den Langsamverkehr, es braucht eine Verbindung der beiden Autobahnen. Das Agglomerationsprogramm kann einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, damit das Rheintal nicht im Verkehr ertrinkt.«

UELI STRAUSS, KANTON ST. GALLEN, LEITER DES AMTES FÜR RAUMENTWICKLUNG UND GEOINFORMATION



»Lange Zeit gab es wenig Berührungspunkte mit den Schweizer Nachbargemeinden. Durch die grenzüberschreitenden Treffen und das Agglomerationsprogramm Rheintal fängt jetzt ein persönliches Kennenlernen der jeweils anderen Seite an. Das ist ein sehr wesentlicher Schritt. Denn wenn wir ein gemeinsamer Wirtschafts- und Lebensraum sein wollen, müssen wir den Rhein gedanklich überschreiten.«

RICHARD AMANN, BÜRGERMEISTER HOHENEMS



»Besonderes Augenmerk richtet das Agglomerationsprogramm Rheintal auf den Siedlungsraum Mittelrheintal, der aus den Gemeinden Au, Höchst, Lustenau, St. Margrethen und Widnau besteht. Dieses Gebiet ist mit seinen 50.000 Einwohnern ein Ballungsraum und die zentrale, grenzüberschreitende Verkehrsdrehscheibe. Ein erstes Zusammentreffen der Bürgermeister hat es bereits gegeben.«

RETO FRIEDAUER, GEMEINDEPRÄSIDENT ST. MARGRETHEN



»Das Agglomerationsprogramm Rheintal als grenzüberschreitendes Entwicklungsprogramm ist für uns als Grenzgemeinde von großer Bedeutung. Lustenau wird vor allem mit den Gemeinden des Mittelrheintals eng zusammenarbeiten, erste Projekte wie eine Brücke für Fußgänger und Radfahrer zwischen Lustenau und Au sind schon angedacht und auch ins Agglomerationsprogramm eingebracht worden.«

KURT FISCHER, BÜRGERMEISTER LUSTENAU



»Auf der Vorarlberger Seite hat man mit Vision Rheintal mehr als nur erste Schritte bezüglich räumlicher Entwicklung und regionaler Zusammenarbeit unternommen. Diese Arbeit gilt es nun sinnvoll in den grenzüberschreitenden Rahmen einzubringen. Das Agglomerationsprogramm führt zu einer sehr engen und tiefen Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden auf beiden Seiten des Rheins. Das gemeinsame Verstehen, die gleiche Sicht lösen Grenzen auf und lassen das Rheintal zu einem Lebensraum werden.«

WILFRIED BERTSCH, LAND VORARLBERG, LEITER DER ABTEILUNG RAUMPLANUNG UND BAURECHT



ABF-Mitarbeiter beim Bau des Spielplatzes im Feldkircher Reichenfeld.

## Gemeinsam gegen die Arbeitslosigkeit.

Vor 16 Jahren haben sich alle 24 Gemeinden des Bezirks Feldkirch zu einem Verein zusammengeschlossen, um langzeitarbeitslosen Menschen eine Zukunftsperspektive zu bieten.

**Der Verein »Arbeitsinitiative für den Bezirk Feldkirch« (ABF) wurde 1997 gegründet und war damals im ganzen EU-Raum einzigartig.** »Wir bieten keinen Arbeitsplatz auf Dauer, aber die Chance, aus der Langzeitarbeitslosigkeit herauszukommen«, sagt Florian Kresser, Geschäftsführer des Vereins ABF. »Jährlich schaffen bis zu 50 Prozent unserer Beschäftigten den Sprung in die reguläre Arbeitswelt.«

### Von der Landschaftspflege bis zur Spitalsküche.

Derzeit sind rund 65 Frauen und Männer aus dem Bezirk Feldkirch beim ABF beschäftigt, maximal sechs Monate lang. Eingesetzt werden sie vielseitig: von der Landschaftspflege bis zur Mikroverfilmung von Dokumenten, von der Spitalsküche und dem Krankentransport

bis zum Sortieren, Verpacken und Konfektionieren für Produktion und Logistik. Zehn Prozent der erwirtschafteten Erlöse stammen von Kunden aus der Privatwirtschaft, 90 Prozent von öffentlichen und sozialen Auftraggebern, ein gutes Drittel davon machen die Mitgliedsgemeinden aus.

»Die Mitgliedsgemeinden sind das Rückgrat unserer Initiative«, erklärt Florian Kresser. »Sie sind nicht nur Träger des Vereins, sondern auch zuverlässige Kunden. So werden beispielsweise sämtliche Spielplätze der Stadt Feldkirch von uns gewartet. Da haben alle Beteiligten etwas davon.«

### Bund, Land und Gemeinden vereint.

Den Grundstein für das Projekt legte 1997 der damalige Vizebürgermeis-

ter und Sozialstadtrat Günter Lampert. »Ich bin dankbar«, sagt Günter Lampert heute, »dass es möglich war, Bund, Land und Gemeinden im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu vereinen.« Finanziell unterstützt wird das Projekt vom AMS Vorarlberg, vom Land Vorarlberg und vom Europäischen Sozialfonds.

### WEITERE INFORMATIONEN:

FLORIAN KRESSER  
GESCHÄFTSFÜHRER ABF  
T 05522/36830  
OFFICE@ABF-FELDKIRCH.AT



»Über 30 Prozent der erwirtschafteten Erlöse stammen aus Aufträgen der Mitgliedsgemeinden. Da haben alle Beteiligten etwas davon.«

FLORIAN KRESSER, GESCHÄFTSFÜHRER DES VEREINS ABF

## Kompetenzzentrum Personal.



**Die Abteilung Personalservice im Rathaus Feldkirch rechnet Monat für Monat nicht nur die Löhne und Gehälter für die eigenen 535 Bediensteten und Pensionisten ab, sondern erledigt seit mehr als drei Jahren auch die Lohnverrechnung für andere Gemeinden.** Derzeit sind es Zwischenwasser, Weiler, Göfis, Sonntag, Fontanella, Viktorsberg, Übersaxen, Sulz, Laterns, Fraxern und Satteins. Die mitbetreuten Gemeinden zahlen für diese Leistung, profitieren aber gleichzeitig vom Expertenwissen der »Großen« und sparen sich im eigenen Budget Personalkosten. So schaut unterm Strich für alle Beteiligten mehr raus.

## Jugendpark amKumma.

**Als gemeinsames regionales Projekt für alle Jugendlichen in der Kummenbergregion soll ein Jugendpark auf dem Parkplatz des Götzner Mösle-Stadions umgesetzt werden.** Der Park beinhaltet neben verschiedenen Skaterbahnen und einem Streetball-Bereich auch einen Trinkbrunnen und einen Treffpunkt für alle Jugendlichen aus den umliegenden Gemeinden. Die Kosten belaufen sich auf rund 400.000 Euro, die vom Land und den vier Kummenberggemeinden Altach, Götzis, Koblach und Mäder gemeinsam getragen werden. Die Fertigstellung ist für Juli 2013 geplant.



## Servicestelle für Betreuung und Pflege.



**Die Marktgemeinde Lustenau und die Stadt Hohenems haben im Herbst 2012 eine gemeinsame Servicestelle für Betreuung und Pflege geschaffen.** Bei dieser Stelle im Hohenemser Senecura-Sozialzentrum laufen alle Fäden zusammen, von hier aus ist Diplomkrankenschwester Heidi Wenin in Lustenau und Hohenems unterwegs, um pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen über die verschiedenen Angebote zu informieren und bei der Erarbeitung eines individuellen Unterstützungsangebotes zu helfen. Die Personalkosten werden vom Land Vorarlberg getragen, den Sachaufwand teilen sich Hohenems und Lustenau. Weitere Informationen unter 0664/9661826 bei Heidi Wenin.



Wie entwickelt man Quartiere, die auch für unsere Enkel noch lebenswert sind?

## Das Quartier der Zukunft.

**Wie kann trotz zunehmender Siedlungsdichte mehr Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden entstehen? Dieser Frage begegneten Vision Rheintal und das Energieinstitut Vorarlberg mit der Veranstaltungsreihe »Das Quartier der Zukunft«.**

Zwischen 2010 und 2012 wurden mit zahlreichen Exkursionen, Fach-

vorträgen, Werkstattbesuchen und Expertengesprächen Impulse für die Entwicklung von Quartieren gesetzt, die auch für unsere Enkel noch lebenswert sind. Die Veranstaltungsreihe wurde am 14. Juni 2012 mit einem internationalen Rheintalforum im Löwensaal Hohenems abgeschlossen. Die Fachvorträge sind unter [www.vision-rheintal.at](http://www.vision-rheintal.at) online verfügbar, genauso wie die

»10 Denkanstöße für eine enkeltaugliche Quartiersentwicklung«, die von Fachmännern und -frauen aus den Bereichen Raumplanung, Architektur, Energie, Sozialplanung, Ökologie und Verkehr formuliert wurden.

## Lieblingsplätze im Rheintal.

Vom Kunsthaus Bregenz über eine Wiese in Meiningen bis zur ehemaligen Sonderbar in Feldkirch: Vision Rheintal schickt ganz unterschiedliche Leute mit einer Helmkamera und einem Mikro los, um ihre Lieblingsplätze im Rheintal filmisch zu dokumentieren. Zu sehen sind die filmischen Spaziergänge unter [www.vision-rheintal.at](http://www.vision-rheintal.at). Wer gerne mitmachen möchte, schreibt ein kurzes E-Mail mit Name, Alter, Wohnort und seinem Lieblingsplatz im Rheintal an [office@vision-rheintal.at](mailto:office@vision-rheintal.at). Die technische Ausstattung wird von Vision Rheintal gestellt.

Vision Rheintal sucht Leute, die mit einer Kamera und einem Mikro ausgestattet etwa 10 Minuten »spazieren gehen« und ihren Lieblingsplatz im Rheintal vorstellen.





Bürgermeister Elmar Rhomberg, Landeshauptmann Markus Wallner, Landesstatthalter Karlheinz Rüdisser und Projektleiter Martin Assmann (v. l. n. r.) beim Pressefoyer am 6. November 2011 im Bregenzer Landhaus.

## Vision Rheintal geht weiter.

**Vision Rheintal geht in den Jahren 2013 bis 2016 in die nächste Projektphase. Das Land Vorarlberg und die 29 Rheintalgemeinden wollen dadurch ihre Zusammenarbeit fortsetzen und weiter vertiefen.**

»Hier wurde ein erfolgreicher Weg beschritten, um über kommunale

Grenzen hinweg Kräfte zu bündeln und Ideen zu vernetzen«, betonte Landeshauptmann Markus Wallner am 6. November 2012 beim Pressefoyer des Landes Vorarlberg. Seit dem Start im Jahr 2004 haben Land und Gemeinden insgesamt rund 3,4 Millionen Euro in den Vision-Rheintal-Prozess investiert, dazu kommen zirka 300.000 Euro an EU-

Förderungen. Für die kommende Projektphase sind knapp 1,8 Millionen Euro veranschlagt. Die inhaltlichen Schwerpunkte werden der gemeinnützige Wohnbau und die Entwicklung regionaler Betriebsgebiete sein.

### WISSENSWERTES AUS DEM RHEINTAL

#### 871 Bushaltestellen.

Im öffentlichen Verkehr können es die 29 Rheintalgemeinden mit vielen Großstädten aufnehmen. 871 Bushaltestellen gibt es insgesamt im Rheintal und 76 Buslinien sind täglich unterwegs, um die einzelnen Gemeinden miteinander und mit den Nachbarländern Liechtenstein und Schweiz zu verbinden.



# vision rheintal

29 Gemeinden. Ein Lebensraum.



## IMPRESSUM

**Herausgeber:** Vision Rheintal, Jahnstraße 13–15, A-6900 Bregenz, T 05574/53442, office@vision-rheintal.at, www.vision-rheintal.at;

**Redaktion:** Elke Burtscher; **Grafik:** EGGER & LERCH, 1030 Wien; **Druck:** Vorarlberger Verlagsanstalt GmbH, 6850 Dornbirn; **Fotos:** gettyimages, Nikolaus Walter, Land Vorarlberg, Stadt Feldkirch, ABF Feldkirch, VOL.AT/Hotz (Jugendpark amKumma), Regio Vorderland-Feldkirch, Lisa Mathis, Alexandra Serra;



Vision Rheintal ist ein Projekt des Landes Vorarlberg und der Vorarlberger Rheintalgemeinden.  
Es wird von der EU über den europäischen Fonds für regionale Entwicklung unterstützt.